

Offener Brief an den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck

Festhalten an der Neuorientierung der SPD und weiter gehen! Dafür hast Du die Unterstützung der Mehrheit der SPD!

Lieber Kurt Beck,

in größter Sorge wenden wir uns an Dich, weil wir sehen, dass die unter Deiner Verantwortung begonnene Neuorientierung, die vom Hamburger Parteitag ausging, zurückgedreht werden soll.

Es geht um die Existenz der SPD.

Als engagierte GewerkschaftskollegInnen und SozialdemokratInnen haben wir mit der großen Mehrheit der ArbeitnehmerInnen, der SPD-Mitglieder und mit den Gewerkschaften diese Neuorientierung begrüßt:

Schluss zu machen mit den sozialen Zumutungen, die die Menschen als ungerecht empfinden und erleiden müssen – wieder mehr auf die Menschen hören – für die notwendigen Korrekturen eintreten.

Das fand sein Echo in der arbeitende Bevölkerung und Jugend, die immer entschiedener fordern, dass endlich Schluss sein muss mit den andauernden Schlägen gegen ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Und dieser Wille lebt auch in dem Aufschwung von Lohnkämpfen, in denen die ArbeitnehmerInnen mit ihren Gewerkschaften nach Jahren des Lohnverlustes endlich wieder eine Stärkung ihres Reallohns und ihrer Tarifverträge erringen wollen.

Wir haben, wie auch Du, die politische Offensive der hessischen SPD mit Andrea Ypsilanti für sozialdemokratische Politik unterstützt.

Nach Jahren des dramatischen Niedergangs der SPD eroberte Andrea Ypsilanti eine Wählermehrheit, die die SPD mit der Bildung einer SPD-geführten Regierung für sozialdemokratische Politik beauftragt haben.

Für alle war das Beweis genug, dass die Stärkung der Orientierung des Hamburger Parteitages die SPD wieder auf die Straße des Sieges bringen kann, auch für die Bundestagswahlen 2009 und für die Eroberung einer SPD-Regierungsmehrheit auf Bundesebene.

Doch gegen diese Erfolge der SPD machen Steinbrück und Steinmeier als Minister der Großen Koalition und andere, die die Fortsetzung der Anti-Reformpolitik der Schröder-Agenda um jeden Preis erzwingen wollen, seit geraumer Zeit mobil.

Mit Entsetzen mussten wir erleben, wie sie dem politischen Gegner halfen, eine SPD-geführte Regierung unter Andrea Ypsilanti, die das Mandat für wirkliche sozialdemokratische Politik hatte, zu torpedieren.

Dieser Schlag gegen den Wählerwillen musste auch die gesamte SPD treffen, ihren gerade begonnenen Aufschwung, und er traf Dich, den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck.

Als nächstes forderten die Steinbrück/Steinmeier, entgegen dem klaren Beschluss des Parteitages, die Auslieferung der Bahn, des letzten großen Staatsbetriebes der Öffentlichen Daseinsvorsorge, an die Finanzinvestoren. Weil es die Große Koalition und weil es die EU so wollen?! Das Gebot der EU und der Großen Koalition sollte den Willen des SPD-Parteitags und der SPD-Mitglieder, sollte eine

„Grundposition der deutschen Sozialdemokratie“ – so der Berliner SPD-Vorsitzende Michael Müller – brechen sowie den Willen der großen Bevölkerungsmehrheit.

Sollte dieser Beschluss endgültig durchgesetzt werden, wäre das eine weitere Katastrophe für das Land und für die SPD.

Wie will sich die SPD den WählerInnen in den kommenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl stellen? Wie den enttäuschten und getäuschten Menschen und ihren berechtigten Vorwürfen und Sorgen begegnen?

Lieber Kurt Beck,

Du hast deutlich gemacht, dass Du diese Privatisierung der Bahn und den Bruch des Parteitagsbeschlusses, des Mehrheitswillens der Bevölkerung, abgelehnt und Dich den Zwängen der Großen Koalition gebeugt hast.

Wir können uns vorstellen, unter welchen Druck Du gesetzt wirst.

Aber wir müssen Dir auch sagen: Wir verstehen nicht, warum Du nicht den beschlossenen Sonderparteitag der SPD einberufen hast.

Denn indem der Beschluss zur Bahn der SPD und Dir als Vorsitzendem aufgezwungen wird, soll die Neuorientierung der SPD-Politik und der Vorsitzende, der diese Neuorientierung in Hamburg eingeleitet hat, im Kern getroffen werden.

Unterbezirke und Kreisverbände haben nach der Entscheidung zur Bahn die Einberufung des Sonderparteitags bereits gefordert.

Es kann keinen Zweifel geben, dass Du auf dem Sonderparteitag die gleiche Mehrheit finden wirst, die schon in Hamburg leidenschaftlich jede Privatisierung der Bahn zurück gewiesen hat.

Noch ist Zeit. Dort findest Du die Unterstützung für die „Korrektur“, d.h. die Aufhebung, des fatalen Privatisierungsbeschlusses der Bahn:

In der Parteimehrheit, wie in der Bevölkerungsmehrheit, bei den Gewerkschaften, hast Du die Unterstützung für eine täglich dringlicher geforderte sozialdemokratische Politik der „Korrektur sozialer Ungerechtigkeit“.

Brauchen nicht die SPD in Hessen und Andrea Ypsilanti die volle Unterstützung des SPD-Vorsitzenden und der gesamten SPD für die Bildung einer SPD-geführten Regierung, damit der Wählerwille erfüllt wird und das Land den politischen Kurswechsel zu sozialdemokratischer Politik erhält?

... damit die Lohnkürzungen und Tariffucht für die KollegInnen im Öffentlichen Dienst „korrigiert“ werden und der gewerkschaftliche Tarifvertrag respektiert wird?

... damit Krankenhäuser und Universitätskliniken, – deren Privatisierung rückgängig gemacht werden muss –, ... damit Schulen und Jugendeinrichtungen die notwendigen öffentlichen Finanzmittel erhalten, um allen eine verantwortliche Krankenversicherung zu garantieren, um allen

Jugendlichen das Recht auf qualifizierte Bildung und Ausbildung, auf Studium zu gewähren?

Finanzminister Steinbrück wurde am 1. Mai in Bottrop von den KollegInnen ausgepöfht, als er im Namen der Haushaltsknebelungspolitik der EU ihre Forderung nach Wiedereinführung der Pendlerpauschale zurückwies.

Muss nicht der SPD-Vorsitzende auf die KollegInnen und ihre Gewerkschaft hören?

Die notwendige finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte für die geforderte Rettung und den Wiederaufbau der sozialstaatlichen Errungenschaften verlangt aber die Absage der SPD an die jahrelange Politik der Ruinierung der öffentlichen Haushalte durch Zig Milliarden Steuerensenkungen für das Kapital und große Vermögen; verlangt die Umkehr der Steuerverteilung in die Taschen der Reichen; verlangt die Absage an die verschärfte Kürzungspolitik für das EU-Ziel des Null-Defizits.

Was will die SPD, was will ihr Vorsitzender den Millionen älteren Menschen antworten, die in unserer Republik der Altersarmut entweder schon ausgeliefert sind oder davon bedroht werden? Hörst Du nicht auch von den SPD-Mitgliedern und den Gewerkschaften die Forderung, die einschneidenden Rentenkürzungen aufzuheben und die Rente mit 67 abzuschaffen?

Was schließlich will die SPD darauf antworten, dass immer mehr Unternehmer und öffentliche Arbeitgeber aus dem Tarifvertrag fliehen, dass ca. 7 Mio. ArbeitnehmerInnen mit Niedrig- und Armutslöhnen abgespeist werden?

Was will die SPD darauf antworten, dass jeder 8. Deutsche in Armut lebt? Was will sie den 20 Millionen sagen, d.h. den 26% der Deutschen, die ohne Sozialtransfers der Armut ausgeliefert wären?

Muss die SPD nicht auf die Forderung der ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften, der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) hören, das soziale Schandgesetz Hartz IV endlich abzuschaffen, das von der EU geförderte Lohndumping und die Tariffucht zu unterbinden, die gewerkschaftlichen Tarifverträge als verbindlich zu respektieren?

Das Land will und braucht solche Maßnahmen, damit der Marsch in den sozialen Verfall gestoppt und umgekehrt wird. Und die Bevölkerungs- und Wählermehrheit der ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und Jugendlichen erwartet das von der SPD. Solche Hoffnungen verbanden sie mit der unter Deiner Verantwortung begonnenen Neuorientierung der SPD, der „Korrekturen sozialer Ungerechtigkeit“.

Alles steht und fällt mit der Fortsetzung der Neuorientierung der SPD, die von Dir auf dem Hamburger Parteitag eingeleitet wurde.

Das sind einige Überlegungen und Fragen aus einer verantwortlichen Diskussion unter ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen angesichts der sozialen und politischen Gefahren, die das Land und die Arbeiterbewegung, SPD und Gewerkschaften und die Demokratie bedrohen. Wir wollen beitragen, dass diese Diskussion in der ganzen SPD und in der ganzen Arbeitnehmerschaft geführt wird. Darum verbreiten wir diese Fragen und Vorschläge als Offenen Brief an Dich, Kurt Beck, den SPD-Vorsitzenden.

Wir bekräftigen unsere Überzeugung, dass die SPD, und ihr Vorsitzender, die auf dem Weg der Neuorientierung weiter gehen, die engagierte Mehrheit der SPD-Mitglieder und WählerInnen haben und der SPD-Kanzlerkandidat Kurt Beck die Wählermehrheit für die Bildung einer SPD-geführten Regierung erobern wird.

UnterzeichnerInnen: **Michael Altmann** (Mitglied AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd), **Klaus Amoneit** (stellv. Ortsvereinsvorsitzender Bochum Hamme), **Katja Asriel** (SPD-Mitglied), **Bernd Bahr** (SPD, Mitglied AfA-Landesvorstand Sachsen), **Bernd Benölken** (Vorsitzender der AfA im Unterbezirk Wetterau), **Conny Beverungen-Willma** (Mitglied AfA Landesvorstand NRW, Bochum), **Genoveva Brandenburger** (Mitglied Gewerkschaft Transnet); **Kerstin Bunz** (verdi VL-Sprecher, Rhein. Kliniken Köln), **Marion Eisele** (Mitglied AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd), **Ellen Engstfeld** (SPD-Mitglied, OV Köln-Mülheim), **Karl C. Fischer** (seit über 35 Jahren Mitglied der SPD, Ver.di-Mitglied, Mitglied im Verband Deutscher Schriftsteller, seit über 30 Jahren Werkkreis-Mitglied (Arbeiter-Schriftsteller) Köln), **Henning Frey** (SPD-Mitglied, Köln), **Eva Gürster** (SPD-Mitglied, ver.di Landesfachbereichsvorstand Gesundheitswesen), **Hermann Ensel** (SPD, ver.di), **Claudia Feiling** (AfA Berlin Post-Telekomgruppe), **Bernd Fiedler** (stellv. AfA-Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen), **Dirk Frohne** (Mitglied im AfA-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen), **Gaby Hahn** (SPD, AfA-Landesvorstand Sachsen), **Uwe Januszewski** (Mitglied im AfA-Landesvorstand Berlin); **Mirko Kischkat** (Mitglied AfA-Stadtverband Castrop-Rauxel, Mitglied im Landesbezirksjugendverband der ver.di Jugend NRW, Vorsitzender der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung der Bergbau-Berufsgenossenschaft), **Uli Kissels** (SPD, OV Beisitzer Köln-Lindenthal), **Harald Kraus** (Mitglied im AfA Landesvorstand NRW, AfA UB-Vorsitzender Köln), **Gotthard Krupp** (Mitglied im AfA-Landesvorstand Berlin), **Ferdinand Kuschnick** (AfA Ostalb), **Winfried Lätsch** (Mitglied Gewerkschaft NGG), **Lothar Ott** (Mitglied im OV-Vorstand Frankfurt/Main-Nordweststadt-Süd), **Paul Paternoga** (Mitglied im AfA-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen), **Peter Pilger** (Vorsitzender der AfA im Unterbezirk Gießen), **Volker Prasuhn** (Mitglied im AfA-Landesvorstand Berlin); **Horst Raupp** (Vorsitzender der AfA im Unterbezirk Darmstadt, stellv. AfA-Bezirksvorsitzender), **Andreas Rimkus**, (stellv. Vors. AfA-UB Düsseldorf, stellv. Unterbezirks-Vorsitzender der SPD Düsseldorf), **Martin Rockel** (Mitglied SPD OV Vorstand Bochum-Hamme), **H.-W. Schuster** (Vorsitzender der AfA im Unterbezirk Düsseldorf), **Klaus Schüller** (stellv. AfA-Landesvorsitzender Thüringen, DGB-Sekretär); **Beate Sieweke**, Mitglied im SPD Unterbezirksvorstand Düsseldorf, stellvertretende Vorsitzende des AfA-Unterbezirksvorstandes Düsseldorf), **Harald Staier** (Vorsitzender der AfA im Unterbezirk Odenwald), **Olaf Timmermann** (SPD, ver.di), **Herbert Uhr** (Vorstandsmitglied der SPD AG 60 plus im Rhein Erftkreis, Stellv. Vorsitzender in der SPD AG 60plus Pulheim, Vorstandsmitglied der IG Metall Senioren Verwaltungsstelle Köln, Mitglied im DGB Vorstand in Rhein Erftkreis), **Hans-Joachim Zimmer** (ver.di); **Axel Zutz** (Mitglied im AfA-Landesvorstand Berlin)

(Alle Angaben in Klammern dienen der Information)

Weitere UnterzeichnerInnen können sich wenden an: H.-W. Schuster, Fax: 0211-75 990 92, E-Mail: grotjohann.schuster@t-online.de
oder: Michael Altmann, Kransberger Weg 6, 60439 Frankfurt am Main, E-Mail: michael.altmann@spd-nordweststadt.de

Name:	Adresse	Organisation/Funktion